# Gegen jegliche Kriege, jeglichen Nationalismus, Tyrannei und imperialistische Mächte!

## Gegen die Sicherheitskonfrenz in München ! Demonstration, 18 Februar 2023 um 13 Uhr am Stachus

Vom 17. bis 19. Februar 2023 treffen sich wie jedes Jahr  
Regierungsmitglieder der NATO-Staaten und ausgewählter anderer Staaten,  
Militärs, Kriegsstrateg\*innen und Rüstungslobbyist\*innen,  
Waffenindustrielle und Geheimdienstvertreter\*innen in München. Sie  
tauschen sich miteinander aus, um weiterhin die Welt nach ihren eigenen  
Interessen zu gestalten, was Hunger, Krise, Krieg, Militarisierung,  
Gewalt für Millionen Menschen bedeutet.  
Ein breites Bündnis von linken Internationalist\*innen mobilisiert auch  
für dieses Jahr gegen diese sogenannte "Sicherheitskonferenz" in  
München.  
  
Wir als internationalistische linke Iraner\*innen unterstützen den  
Gegenaufruf und werden uns an den Protesten beteiligen.  
<https://www.sicherheitskonferenz.info/de/Aufruf-SiKo-Proteste-2023>  
  
Seit Entstehung der Nato in Zeiten des Kalten Krieges werden Konflikte  
zwischen imperialen Mächten wie USA, Russland, China um die Aufteilung  
der Welt auf den Schultern der arm gehaltener Menschen weltweit und  
besonders auf Kosten der im Globalen Süden lebenden Armutsbevölkerungen  
ausgetragen.  
Aktuell erleben wir wie die Krieg führenden Staaten Russland und die  
Ukraine, die USA und europäische Staaten mit chauvinistischer Rhetorik  
und unter dem Vorwand des Zurückschlagens des Gegners Menschen auf der  
ganzen Welt dazu bringen wollen, die schrecklichen Opfer des Krieges zu  
akzeptieren.  
Wir verurteilen auf schärfste jeglichen Krieg: den in Afghanistan, Irak  
und Jemen von Nato-Staaten geführten wie ebenso den russischen  
Angriffskrieg und die Besatzung der Ukraine.  
Wir lassen uns nicht in diese imperialistischen Konflikte und Kriege  
zwischen Nato, Russland, China, Israel und Iran hineinziehen.  
Wir raten den Menschen - besonders russischen und ukrainischen - sich  
nicht durch die nationalchauvinistische Propaganda beeinflussen zu  
lassen. Die Opfer dieser Konflikte sind Millionen unschuldiger Menschen  
und nicht die kapitalistischen Staaten. Viele Menschen werden mit  
Lügengeschichten oder auch Gewalt zum Kriegsdienst gezwungen. Alle  
Kriegsparteien beteiligen sich an der Zerstörung der Lebensgrundlagen  
von Millionen von Menschen und zwingen sie damit zur Flucht,  
beispielsweise in den kurdischen Gebieten, im Jemen und in Afghanistan,  
Kosovo, Ukraine.  
Eines der wichtigsten Themen neben dem Krieg in Ukraine wird auf der  
Tagesordnung der Sicherheitskonferenz Iran sein. Dazu haben die  
Organisator\*innen der Sicherheitskonferenz den iranischen Monarchisten  
Reza Pahlavi und die vorgebliche Frauenrechtlerin Masieh Alinejad  
eingeladen.  
  
Der landesweiten Aufstand im Iran vor allem von Frauen in den letzten 5  
Monaten, die befreiende Bewegung von "Jin, Jiyan, Azadî", die von der  
Geschichte der Kämpfe der kurdischen Bevölkerung inspiriert wurde,  
brachte die Menschen auf die Straßen, um Selbstbestimmung gegen die  
Tyrannei des islamischen Regimes einzufordern. Der Aufstand wurde zu  
einer großartigen Symphonie mit einer Vielfalt an Stimmen der bisher  
stimmlosesten Menschen der Region. Als eine Folge dieses Widerstands  
gab es bisher über 20000 Inhaftierte und 700 Getötete.  
  
Tatsache ist, dass die westlichen Imperialist\*innen noch nie Verfechter  
der Demokratie oder der Interessen der Arbeiter\*innen oder  
Frauenemanzipation  waren und es auch nie sein werden, weder im Iran,  
noch in ihren eigenen Ländern, noch sonst wo. Wir müssen uns nur die  
korrupten Regime ansehen, die Nato Länder durch ihre Kriege im Irak, in  
Afghanistan, in Kosovo installiert haben. Oder schauen wir uns ihre  
engsten Verbündeten an, wie Saudi-Arabien, eine reaktionäre religiöse  
Diktatur, die überall das ethnische und religiöse Sektierertum schürt,  
oder Israel, ein weiteres reaktionäres Regime, dessen brutale  
Unterdrückung der Palästinenser\*innen eine völlige Missachtung des  
menschlichen Lebens offenbart.  
Die gegenwärtige Protestbewegung im Iran ist alles anders als  
monarchistisch ferngesteurt, sondern ist eine Reaktion auf patriarchale  
Unterdrückung, kapitalistische Ausbeutung und rassistisch-ethnische  
Unterdrückung über Jahrhunderte hinweg.  
Nationalismus und Rassismus waren im Iran seit Jahrhunderten bis heute  
eine Tradition der Pahlavi Dynastie. Reza Shah hat 1925 mit Hilfe des  
britischen Imperialismus durch rassistische "ethnische Säuberungen“,  
die vor allem Araber\*innen, Kurd\*innen, Belutsch\*innen betrafen, seine  
Macht etabliert und einen Nationalstaat mit "persisch-arischer" Kultur  
durchgesetzt. Er hat sich mit einer "arischen Herrenrasse" und dem  
Faschismus identifiziert.  
Das für die grausamen Haftbedingungen berüchtigte Gefängnis von Evin,  
das die Islamische Republik für tausende Inhaftierungen benutzt, wurde  
vom Vater Reza Pahlavis errichtet, um seine politischen Gegner\*innen  
darin einzusperren.  
  
Reza Pahlavi ist ein Monarchist, der in den USA von dem ererbten  
Vermögen lebt, das sein Vater aus der armen Bevölkerung des Irans  
herauspresste. Die jahrzehntelangen systematischen Verbrechen und  
Menschenrechtsverletzungen, die sein Vater und sein Großvater als  
Herrscher des Iran begingen, werden von Reza nicht thematisiert.  
Ganz im Gegenteil: er versucht mit Stolz die von einer überwältigenden  
Mehrheit der iranischen Bevölkerung abgelehnten Monarchie wieder zu  
vermarkten mit finanzieller und politischer Hilfe der westlichen und  
besonders auch des saudischen Staates.  
  
Wir können nicht genug an die Unterdrückungen und Entrechtungen durch  
die Pahlevi-Dynastie erinnern. Der rassistische Persisch-Zentrismus ist  
im konstruierten Nationalstaat Iran bis heute geblieben und wird durch  
das faschistoide islamische Regime gefördert. Hinzugekommen ist ein  
religiös begründeter Nationalismus, der sich auf den Schiismus beruft.  
  
Nach der Ermordung Jina durch den iranischen Repressionsapparat und den  
daran anschließenden Aufständen haben sich in vielen westlichen Ländern  
bürgerliche Politiker\*innen aus zynischem Eigeninteresse den  
Solidaritätsprotesten unter dem Motto "Jin Jiyan Azadi" angeschlossen.  
Einige haben sogar ihre Haare abgeschnitten, um ihre Unterstützung für  
die iranischen Frauen vorzutäuschen, und heuchlerische Reden über  
Menschenrechte gehalten.  
Aktuell haben sie neben den bisherigen Sanktionen eine neue Kampagne,  
nämlich die "Patenschaften für politische Gefangene" gestartet. In den  
letzten Monaten wurde von Reza Pahlavi und noch anderen rechten  
Prominenten noch mehr Sanktionen durch die westlichen Staaten gegen  
Iran gefordert. Dabei treffen die Sanktionen seit Jahren in erster  
Linie iranische Arbeiter\*innen und arme Bevölkerungsschichten und nicht  
die herrschenden Eliten des islamischen Regimes. Genauso haben  
"Politische Patenschaften" das Schicksal der politischen Gefangenen im  
Iran oder sonst wo auf der Welt nicht geändert. Zeynab\_Jalalian - eine  
kurdische Aktivistin, die seit 15 Jahren in Knast sitzt - hat seit dem  
im deutschen Parlament einen politischen Paten. Besagter Pate war aber  
nicht einmal für eine internationale politische Bekanntmachung des  
Falls nützlich.  
Das ganze ist ein neues Geschäftsmodell, in dem einige Politiker\*innen,  
wie Rechte, oppositionelle Monarchist\*innen und Sozialdemokrat\*innen  
das Leben der Kämpfer:innen im Iran zur Ware machen und daraus  
politischen Profit schlagen.  
Nie und nimmer wird aus dieser rechten Opposition und der  
heuchlerischen Menschenrechtsvertreter\*innen eine Lösung für die  
Unterdrückten des globalen Südens erwachsen.  
Im Gegenteil: die Repression im Iran, der Türkei und jeder Ecke in der  
Welt im globalen Süden ist auf engste verbunden mit der  
Aufrechterhaltung der "Normalität" in den kapitalistischen Zentren des  
globalen Nordens.  
Die Freiheitsbewegung im Iran wird seit Jahren durch moderne Waffen und  
Technologien auch aus Deutschland und dem Westen mit systematischer  
Gewalt unterdrückt.  
Wenn mit modernsten deutschen bzw. westlichen Waffen in den Händen des  
iranischen und des türkischen Regimes, Freiheitsbewegungen dort  
unterdrückt werden, dann ist diese Repression mit der Aufrechterhaltung  
des globalen Kapitalismus verbunden.  
  
Die Kriegstreiberei der Bundesregierung als ein Teil der westlichen  
Staaten zeigt sich im Pseudo-Feminismus der deutschen Außenministerin  
Annalena Baerbock, die in der Ukraine mit Milliarden militärischer Auf-  
und Ausrüstung "Frieden" herbeiführen will. Oder demnächst vielleicht  
iranische Frauen durch militärische Interventionen "befreien" will.  
Zeitgleich werden afghanische Frauen und die arme Bevölkerung im Stich  
gelassen, zeitgleich nehmen die Waffenlieferung an Saudi-Arabien zu,  
zeitgleich massakriert die Türkei auch mit deutschen Waffen  
systematisch die kurdische Bevölkerung.  
Daher ist diese Scheinsolidarisierung mit "Jin Jiyan Azadi" seitens der  
Sicherheitskonferenz, der meisten europäischen Politiker\*innen wie auch  
der deutschen Außenministerin nur pure Heuchelei.  
  
Wir dürfen als Linke nicht einfach den Vertreter\*innen der Münchener  
Sicherheitskonferenz die internationale Bühne überlassen.  
Die Islamische Republik hat in der Zwischenzeit die verbalen Angriffe  
der Imperialisten und der rechten Oppositionellen genutzt, um die  
verstärkte Ausbeutung der Arbeiter\*innen wie auch die Repressionen zu  
rechtfertigen, und die Bewegung als "ferngesteuert durch den Westen" zu  
denunzieren und sich selbst als antiimperialistisch darzustellen. Diese  
Selbstinszenierung wird leider in vielen Ländern von Pseudolinken  
unterstützt, die die Freiheitsbewegung von Millionen Frauen und  
Arbeiter\*innen ignorieren und mit den gleichen Argumenten abtun, wie  
das iranische Regime.  
  
Viele Konflikte der Staaten untereinander gehen auf machtpolitische  
geostrategische Interessen zurück. Die geopolitischen Interessen von  
Putin, USA, Scholz, Macron, dem saudischem Königshaus oder den  
iranischen Mullahs dürfen uns nicht von den Inhalten der Proteste  
ablenken. Wir dürfen die Protestierenden nicht geostrategisch  
instrumentalisieren.  
Wir müssen uns weigern, den Protest im Iran geopolitisch gegen die  
einen und für die anderen zu bewerten, denn Geopolitik ist die  
Akkumulation von Macht und niemals mit Freiheit und Emanzipation von  
unten vereinbar. Wir dürfen weder Verbündete von Putin und China, noch  
Verbündete des NATO-Westens werden.  
Sowohl Reza Pahlavi als auch die vorgebliche Frauenrechtlerin Masih  
Alinejad sind Repräsentant\*innen des neoliberalen kapitalistischen  
System. Nur das islamische Regime wegzujagen reicht uns nicht. Sondern  
wir unterstützen die Bewegung auf der Straße, in den Fabriken, in den  
Unis, eine Freiheitsbewegung von und für unten, für Selbstbestimmung  
aller Entscheidungen. Für uns gilt eine internationale Solidarität von  
unten, damit Menschen ihre Selbstbestimmung in allen Bereichen ausüben  
können. Wir stellen uns den Heuchlereien der westlichen oder östlichen  
Imperialist\*innen mit ihren neoliberalen Programmen entgegen.  
Wir stehen auf der Seite der Menschen, die gegen Repression,  
Patriarchat, Ausbeutung und Rassismus kämpfen, die auf der Straße ihr  
Leben riskieren und die versuchen, ihr Leben selbst in die Hand zu  
nehmen. Daher ist es eine internationale solidarische Pflicht, diese  
Bewegung zu unterstützen.

Gegen die Kriege des Kapitalismus lautet unsere Antwort Klassenkampf, Kampf gegen Patriachart, gegen Rassismus /nationalismus   
  
  
  
Gegen die "Sicherheitskonferenz" der herrschenden Staaten in München  
am 18. Februar, um 13 Uhr in München am Stachus  
   
Einige iranische Linke im Exil